

weiter bilden

DIE Zeitschrift für Erwachsenenbildung

Demokratische Gesellschaften und auch die Demokratie selbst stehen zunehmend vor Herausforderungen. Die Autoren zeigen auf, warum der Arbeitsplatz als Sozialraum und Lernort für die politische Bildung an Bedeutung gewinnt, welche Chancen sich bieten und über welche Fragen diskutiert werden muss.

Schlagworte: Politische Bildung; Demokratie; Gesellschaft; Weiterbildung; Bildungsverhalten; Teilnehmer; Arbeitsplatz; Weiterbildungsangebot

Zitiervorschlag: Rosenwanger, R. & Krüger, T. (2024). Politische Bildung in unübersichtlichen Zeiten. *weiter bilden*, 31(3), 19-22. Bielefeld: wbv Publikation. <https://doi.org/10.3278/WBDIE2403W006>

Politische Bildung in unübersichtlichen Zeiten
Neue Wege und Formate zur Demokratiestärkung in der Arbeitswelt

»Die Erosion des Politischen in der Mitte«
Linus Westheuer im Gespräch

Demokratie als Kompetenz
Kompetenzrahmen aus Sicht der politischen Bildung

AUSGABE 3 — 2024

E-Journal Einzelbeitrag
von: Robin Rosenwanger, Thomas Krüger

Politische Bildung in unübersichtlichen Zeiten

Neue Wege und Formate zur Demokratiestärkung in der Arbeitswelt

aus: *Bilden für die Demokratie* (WBDIE2403W)

Erscheinungsjahr: 2024

Seiten: 19 - 22

DOI: 10.3278/WBDIE2403W006

Neue Wege und Formate zur Demokratiestärkung in der Arbeitswelt

Politische Bildung in unübersichtlichen Zeiten

ROBIN ROSENWANGER • THOMAS KRÜGER

Demokratische Gesellschaften und auch die Demokratie selbst stehen zunehmend vor Herausforderungen. Die Autoren zeigen auf, warum der Arbeitsplatz als Sozialraum und Lernort für die politische Bildung an Bedeutung gewinnt, welche Chancen sich bieten und über welche Fragen diskutiert werden muss.

Der politische Diskurs der vergangenen Jahre ist gekennzeichnet von deutlichen Zuspitzungen. Im Angesicht eruptiver Ereignisse und komplexer Transformationsprozesse geht es um existenzielle wie richtungweisende Fragen. Die Jahrzehntelang gewohnte Integration der Bevölkerung in größere politische Einheiten ist in kleinere Entitäten zersplittet. Dies führt dazu, dass Aushandlungsprozesse sichtbar und anspruchsvoller geführt werden müssen. Dabei sind der Bewältigung politischer Problemstellungen intensive demokratiepolitische Konflikte über die Art und Weise der Auseinandersetzung vorgelagert. Bevor es um Inhalte geht, werden häufig zunächst Rahmenbedingungen und Verfahren diskutiert und infrage gestellt.

Dieser Mehrebenendiskurs tendiert zu Unübersichtlichkeit und verlangt zunehmend nach Räumen, die Gelegenheit bieten, einen Schritt zurückzutreten. Mit gewonnenem Abstand kann es gelingen, Hintergründe, Widersprüche und ambige Positionen aus anderer Perspektive zu betrachten und darüber zu reflektieren. Ein solcher Raum kann politische Bildung sein. Doch trotz dieser wachsenden Anforderungen muss die politische Bildung mit stark begrenzten Mitteln agieren. Während sie bereits in Schulen einen doch eher marginalisierten Status hat, werden ihre Bedingungen auch in der Erwachsenenbildung nicht vorteilhafter. Im Gegenteil: Insbesondere diejenigen, die zwischen Schulabschluss und

Renteneintritt stehen und dort stark durch Pflichten des Alltags wie der Erwerbs- und Care-Arbeit gebunden sind, gelten als schwer erreichbar für Angebote politischer Bildung (Huber, 2016, S. 67ff.). Vor allem die Ressource Zeit ist in dieser Lebensphase oftmals limitiert und stellt die etablierten Formate des »Komm-Prinzips« der politischen Erwachsenenbildung auf die Probe.

Angesichts all dieser Herausforderungen brauchen wir grundlegende Analysen und innovative Konzeptionen neuer Bildungsformen und -formate. Analog zum demokratiepolitischen Ringen um die Grundlagen politischer Aushandlungsprozesse rücken dabei fundamentale Fragen in den Fokus. So greift Axel Honneth in seinem 2023 veröffentlichten, viel und durchaus kontrovers diskutierten Buch »Der arbeitende Souverän« die gegenwärtigen Bedingungen und Auswirkungen von Arbeit auf und argumentiert demokratiepolitisch, es müsse für Arbeitsverhältnisse gesorgt werden, »die mindestens gut genug eingerichtet sind, um den Beschäftigten eine unbeschränkte Teilnahme an den öffentlichen Prozessen der demokratischen Willensbildung zu ermöglichen« (Honneth, 2023, S. 78). Neben der zeitlichen Dimension hinderten wirtschaftliche Nöte sowie soziale, psychologische und mentale Facetten Erwerbstätige daran, (1) sich Informationen zu beschaffen und ggf. durch Fortbildung von Kompetenzen zur Teilnahme am Diskurs zu befähigen, (2) im Austausch mit anderen Inhalte diskursiv

Demokratiestärkung in der Arbeitswelt: Praxisbeispiele

Das von der Bundeszentrale für politische Bildung (BPB) und der Robert Bosch Stiftung geförderte europäische Qualifizierungs- und Weiterbildungsprogramm »Civic Scouts at Work – Lernen. Teilnehmen. Anwenden.« zielt darauf ab, Beschäftigte als Civic Scouts auszubilden und sie für soziale und ökonomische Herausforderungen in einer komplexen Arbeitswelt zu qualifizieren. Durch Lernangebote und Weiterbildungsformate zu sozioökonomischen Themen sowie zu methodischen Kompetenzen – beispielsweise Kommunikationsstrategien und Konfliktmanagement – sollen Erwerbstätige innerbetrieblich gestärkt und für gesellschaftliche Themen wie Diversität, Nachhaltigkeit, Polarisierung und Soziale Medien sensibilisiert werden.

Das Programm, das in Deutschland, Ungarn, Kroatien und Bulgarien aufgelegt wurde, bezieht unterschiedliche länder-spezifische Rahmen- und Ausgangsbedingungen mit ein. Über bedarfsoorientierte Angebote werden Handlungs- und Mediенkompetenzen, kritische Urteilsbildung, individuelle Selbst-wirksamkeitspotenziale sowie Orientierungswissen über Inhalte gesellschaftlicher Transformation vermittelt. Die genaue Aus-gestaltung geschieht partizipativ: Themen, Angebote und For-mate werden gemeinsam mit den Erwerbstätigen abgestimmt, so dass ihre Bedarfe in die Modulkonzipierung mit einfließen.

→ [HTTPS://THECIVICS.EU/CIVIC-SCOUTS-GERMANY/](https://thecivics.eu/civic-scouts-germany/)

Zudem hat die BPB im vergangenen Jahr ein Förderprogramm zur politischen Bildung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aufgelegt. Aus Mitteln des Aktionsplans Rechtsextremismus der Bundesregierung werden acht Modellprojekte (Laufzeit April 2023 bis November 2024) finanziert, die niedrig-schwellige und aufsuchende Angebote der politischen Bildung für Berufstätige entwickeln und erproben. Ausgangspunkt ist, dass politische Bildung berufsaktive Zielgruppen in ihrer Breite bislang nur unzureichend erreicht und gesellschaftspolitische Fragen in der beruflichen Bildungslandschaft eine untergeordnete Rolle spielen. Die geförderten Projekte nehmen sich dieser Herausforderung mit innovativen Konzepten an und entwickeln passgenaue, nachhaltige Angebote, die bislang wenig bearbeitete Themen am Arbeitsplatz einbringen. Durch niedrigschwellige, aufsuchende Bildungsarbeit, die sich an den örtlichen oder regionalen Lebenswelten orientiert, sollen die Potenziale des Sozialraums Arbeitsplatz für die Auseinander-setzung mit politischen Fragen genutzt werden.

→ [WWW.BPB.DE/DIE-BPB/FOERDERUNG/FOERDERMOEGLICHKEITEN/521673/POLITISCHE-BILDUNG-FUER-DIE-ARBEITSWELT/](https://www.bpb.de/die-bpb/foerderung/foerdermoeglichkeiten/521673/politische-bildung-fuer-die-arbeitswelt/)

→ [WWW.BPB.DE/DIE-BPB/FOERDERUNG/FOERDERMOEGLICHKEITEN/521675/DIE-MODELLPROJEKTE/](https://www.bpb.de/die-bpb/foerderung/foerdermoeglichkeiten/521675/die-modellprojekte/)

zu verarbeiten und den (Selbst-)Wert eigener begründeter Auffassungen zu erfahren sowie (3) sich im öffentlichen Raum zu äußern und multiperspektivisch zu diskutieren (Honneth 2023: 92 ff.). Vielleicht braucht es diese Provokation Honneths zu diesem Zeitpunkt, um erneut und umso drängender über die einschränkenden Rahmenbedingungen auch für die politische Erwachsenenbildung zu verhandeln. Denn nicht zuletzt stützen auch die vorliegenden Erkenntnisse über soziale Selektivität und Ungleichheit in demokratischen Teilhabechancen (Bremer & Trumann, 2019, S. 281ff.) diese Argumentation.

»Angesichts all dieser Herausforderungen brauchen wir grundlegende Analysen und innovative Konzeptionen neuer Bildungsformen und -formate.«

Partizipation und der Sozialraum »Arbeitswelt«

Aus dieser Lage heraus versucht die politische Bildung seit einigen Jahren, neue Formate der arbeitsweltbezogenen politischen Bildung zu erproben, die häufig dem Ansatz der aufsuchenden politischen Bildung folgen und die Wirksamkeit von politischen Bildungsanlässen im Berufskontext unterstreichen (s. auch Bremer et al., 2015, S. 244ff.). Einige Modellprojekte werden gegenwärtig vonseiten der Bundeszentrale für politische Bildung/BPB mittels einer Förderrichtlinie unterstützt. Eine wissenschaftliche Begleitstudie hat positive Effekte für Demokratiestärkung, gesellschaftliche Teilhabe und gesellschaftlichen Zusammenhalt bestätigt (Trumann, 2022). Zukünftig wird die BPB auch eigene Formate entwickeln, welche bisherige Erfahrungen aufgreifen und fortentwickeln sollen, um politische Bildnerinnen und Bildner in aufsuchenden Formaten in der Arbeitswelt zu unterstützen. Während gewerkschaftliche politische Bildung in den Bildungsstrukturen sowie in der Förderlandschaft traditionell verankert ist, gilt das

explizite Engagement der Arbeitgeberseite als ein noch nicht ausgelotetes Terrain.

Ob in Interviews oder Zeitungsannoncen – gegenwärtig positionieren sich immer mehr kleine Betriebe oder große Unternehmen öffentlich für die Stärkung der Demokratie. Das ist erfreulich. Dennoch sind zur Realisierung demokratiefördernder Maßnahmen einige Fragen zu beantworten – Fragen nach geeigneten Räumen, nach Partizipation aller Beteiligten und nicht zuletzt nach Effekten, die das Verhältnis von Arbeit und Demokratie zeitigt, wenn auf der Ebene der unmittelbaren (Macht-)Beziehungen zwischen Arbeitnehmenden und Arbeitgebenden Bildungsprozesse organisiert werden sollen. Um es konkret zu machen: Politische Erwachsenenbildung geht davon aus, dass die Entscheidung, sich auf einen Bildungsprozess einzulassen, freiwillig erfolgt. Wenn das Bildungsformat und die Abhängigkeit in Arbeitsverhältnissen aber aufeinander bezogen sind, wird dieser Grundsatz tendenziell prekär. Die Subjektorientierung gilt als zentraler gemeinsamer didaktischer Nenner der politischen Erwachsenenbildung (Zeuner, 2010, S. 308). Damit von außen initiierte Bildungsprozesse gelingen, müssen sich diese an den spezifischen Interessen, Voraussetzungen und Bedürfnissen ihrer Teilnehmenden orientieren – ohne dabei jedoch in eine Beliebigkeit abzuweichen.

Ungeachtet der spezifischen Zielgruppe(n) sollte die Partizipationsfähigkeit als eines der zentralen Ziele der politischen Bildung bereits in der Konzeptionsphase neuer Formate und Materialien mehr Berücksichtigung finden. Es gilt, die Rezipientinnen und Rezipienten von Beginn an in den Entwicklungsprozess von Bildungsformaten einzubinden. Dies erhöht die Chance, intrinsische Motivation für die Auseinandersetzung mit einem inhaltlichen Gegenstand zu schaffen bzw. zu steigern, während gleichzeitig die Akzeptanz für den Bildungsanlass insgesamt steigt.

In einer partizipativ angelegten Konzeption kann gleichermaßen das Lernsetting etwa hinsichtlich der Methoden und des Medieneinsatzes, aber auch in Bezug auf die Sozialformen und die Verteilung von Rollen im Lernprozess individuell organisiert und gestaltet werden. Für Formate politischer Bildung ist dies von herausragender Relevanz, da eingeübte Partizipation und erfahrene Selbstwirksamkeit zur Stärkung demokratischer Kompetenzen beitragen. Es ist ferner gemeinsam abzuwagen, inwiefern eine räumliche Veränderung und der damit einhergehende Abstand zum Alltag (Zeuner & Schudoma, 2024, S. 346) im jeweiligen Einzelfall tatsächlich für den Bildungsprozess zweckmäßig ist. Denn Erfahrungen aus aufsuchenden politischen Bildungsformaten zeigen, dass erst die Verbindungen zum Alltag – und hier zum Arbeitsalltag – es ermöglichen, besonders nah an die Themen und Konflikte der Lebenswelt anzuknüpfen. Die Teilnehmenden erfahren zudem die Wertschätzung, dass der Lernprozess in ihrem unmittelbaren Sozialraum stattfindet (Trumann, 2022, S. 16f.).

Für Interventionen bedarf es der Ressourcen

In jeder Variante ist für einen Diskurs, für die Vertiefung und Reflexion sowohl der Inhalte als auch für Erkenntnisgewinne ausreichend Zeit unerlässlich (Zeuner & Schudoma, 2024, S. 346). Die Adressatinnen und Adressaten verfügen in der Regel über eine mehr- oder langjährige (politische) Biografie und Sozialisation (Hufer, 2022, S. 172), die ebenso gefestigte Vorstellungs- und Meinungsbilder beinhalten und innerhalb von Lerngruppen stark divergieren kann. Damit umzugehen ist für Lehrende in der Erwachsenenbildung umsofordernder, als die Interaktionsspanne durchweg stark limitiert ist. Tatsächlich sind ca. 65 Prozent aller Angebote zu gesellschaftspolitischen Themen Einzelveranstaltungen (Hufer, 2022, S. 169). Daraus lässt sich die Konsequenz ableiten, im Sinne der Nachhaltigkeit und Wirksamkeit von Bildungsprozessen mehrmrale, wiederkehrende oder kontinuierliche Interventionen zu initiieren. So kann die Möglichkeit zur zwischenzeitlichen Eigenbeobachtung oder Reflexion ebenso gewährleistet werden wie der sukzessive Aufbau einer Vertrauensbasis.

»Tatsächlich sind
ca. 65 Prozent aller
Angebote zu gesellschafts-
politischen Themen
Einzelveranstaltungen.«

Berufliches Handeln findet innerhalb eines politisch verantworteten und durch Gesetze geregelten Rahmens statt. Dieser erfährt durch wechselnde Mehrheiten und Repräsentation immer wieder neue Ausrichtungen. Insbesondere in Transformationsregionen und -sektoren werden politische Entscheidungen wahrgenommen und führen zu gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen am Arbeitsplatz. Implizite Kompromisse und der Anspruch, Themen fachbezogen zu bearbeiten, ihre zunehmende Komplexität, manifestierte Widersprüche und Ambiguitäten oder auch bestehender Konformitätszwang erfordern einen speziellen Raum und Rahmen der Auseinandersetzung.

Für die politische Bildung stellt dies eine Herausforderung und eine Chance zugleich dar. Ihr müssen die nötigen Ressourcen zur Verfügung stehen, um aufsuchende, unkonventionelle, pragmatische Formate im Rahmen der Weiterbildung in lebensnahen Sozialräumen zu konzipieren, zu erproben und zu etablieren. Die politische Bildung kann und sollte nicht den Anspruch verfolgen, etwaige politische Fehlentscheidungen zu kompensieren. Doch sie muss ihrem Leitgedanken folgen, immer wieder durch Interventionen wie moderierte Gesprächs- und Bildungsanlässe dazu beizutragen, vermiedene oder verrohte Diskurse zurück in das Spielfeld demokratischer Grundsätze zu holen.

Um grundlegende Fragen der politischen Verhältnisse und des individuellen Verhältnisses zum Politischen in der Praxis thematisieren zu können, bedarf es nicht nur für die Landschaft der politischen Bildung hinreichender Ressourcen. Ebenso sind es – um Axel Honneth zu folgen – die Beschäftigten selbst, die über ausreichend Kapazitäten verfügen müssen. Nicht zuletzt würden sich dadurch auch weitere Synergieeffekte ergeben können. Persönliche wie fachliche Kompetenzen, die zur individuellen und gesellschaftlichen Mündigkeit sowie zu demokratischer Resilienz beitragen, sind letztlich auch für den Arbeitsplatz von nicht zu unterschätzendem Wert.



Bremer, H., Faulstich, P., Teiwes-Kügler, C. & Vehse, J. (2015). *Gesellschaftsbild und Weiterbildung. Auswirkungen von Bildungsmoratorien auf Habitus, Lernen und Gesellschaftsvorstellungen*. Baden-Baden: Nomos.

Bremer, H. & Trumann, J. (2019). Das Unbehagen im Politischen und dessen Bedeutung für die politische Erwachsenenbildung. *Bildung und Erziehung* 72(3), 277–292.

Honneth, A. (2023). *Der arbeitende Souverän. Eine normative Theorie der Arbeit*. Berlin: Suhrkamp.

Hufer, K.-P. (2016). *Politische Erwachsenenbildung. Plädoyer für eine vernachlässigte Disziplin*. Bielefeld: W. Bertelsmann.

Hufer, K.-P. (2022). Politische Bildung in der Erwachsenenbildung. In W. Sander & K. Pohl (Hrsg.), *Handbuch politische Bildung* (S. 168–175). Frankfurt a. M.: Wochenschau

Krüger, T. (2019). Neue Formen und Formate der politischen Erwachsenenbildung. *Hessische Blätter für Volksbildung* 69(3), 234–241.

Krüger, T. & Becker, H. (2018). Weiterbildung und Politik. In R. Tippelt & A. von Hippel (Hrsg.), *Handbuch Erwachsenenbildung/Weiterbildung* (S. 913–930). Wiesbaden: Springer Fachmedien.

Trumann, J. (2022). *Trägernetzwerk Politische Bildung in der Arbeitswelt. Ergebnisse einer qualitativen Untersuchung zu aufsuchenden politischen Bildungsaktivitäten in der Arbeitswelt*. Düsseldorf: DGB-Bildungswerk.

Zeuner, C. (2010). Politische Erwachsenenbildung: Zielsetzungen, Aufgaben und Perspektiven. *Hessische Blätter für Volksbildung* 60(4), 305–314.

Zeuner, C. & L. Schudoma (2024). Politische Erwachsenenbildung. Entwicklungen, kritische Positionierungen und Bildungsformate. In Y. Chehata et al. (Hrsg.), *Handbuch kritische politische Bildung* (S. 340–349). Frankfurt a. M.: Wochenschau



ROBIN ROSENWANGER

ist Referent im Fachbereich »Zielgruppenspezifische Angebote« bei der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb).

Robin.Rosenwanger@bpb.de



THOMAS KRÜGER

ist Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb).